

## Uebergangswirtschaft.

Als im vorigen Jahre die Reichsregierung durch Schaffung der Stelle eines Kommissars für Uebergangswirtschaft in weite Kreise der Industrie und des Handels die Idee einer Fortsetzung der Wirtschaftsbindung nach Friedensschluß warf, und die Kämpfe und Gruppierungen um diese Idee einsetzten, hat Georg Bernhard die hierdurch aufgeworfenen Fragen in einer größeren Reihe von Aufsätzen in der von ihm herausgegebenen Finanzwochenschrift „Plutus“ behandelt. Diese Abhandlungen sind jetzt in einem Heft unter dem Titel: „Uebergangswirtschaft“ im Verlage von Karl Siegmund (Berlin) erschienen. Inzwischen ist das Reichswirtschaftsamt gegründet worden und hat bereits ein gut Stück Arbeit zur Organisation der Uebergangswirtschaft geleistet; inzwischen ist auch der Widerstand gegen diese Pläne organisiert worden (so z. B. im Hansabund) und der Kampf der Geister ist in vollem Gange. Das Buch kommt also gerade zur rechten Zeit für alle die, die Stellung hierzu nehmen und sich über die grundlegenden Gedanken des Problems unterrichten wollen.

Die Darlegungen haben trotz der seitdem vollzogenen Entwicklung nichts von ihrem zeitgemäßen Wert eingebüßt. Manches, was Bernhard damals gefordert hat, ist schon heute verwirklicht, so z. B. die Vereinheitlichung der Organisation unter Leitung des Reichswirtschaftsamts. Manches, was der Verfasser vorausgesagt hat, ist eingetroffen. So hatte er s. Z. behauptet, daß der ungünstige Stand der deutschen Devisen zu einem guten Teil auf Baisse-Manöver unserer Gegner zurückzuführen ist, und daß schon beginnende Friedensverhandlungen den Stand der Marknotierungen auf den ausländischen Plätzen heben werde. Schon die Friedensverhandlungen mit Deutschlands östlichen Feinden haben diese für uns günstige Bewegung, wie bekannt und wie in dem Buch durch einige beachtenswerte Zahlenzusammenstellungen nachgewiesen wird, eingeleitet. Ferner wird die Verbindung der Reeder zum Zwecke der Frachtraumverfügung vom Reichswirtschaftsamt ziemlich genau in den Formen vollzogen, die Bernhards Feder vorgezeichnet hat. Das meiste seiner Planungen aber ist naturgemäß noch unerfüllt, andererseits indessen durchaus nicht aufgegeben; die Zeit der Erfüllung wird erst mit dem Friedensschluß, zum Teil erst in Jahrzehnten herangerückt sein; die Gedankengänge handeln eben „von kommenden Dingen“.

Eine Befreiung der Wirtschaft von allen staatlichen Fesseln, eine sofortige Wiedereinsetzung des Grundsatzes der freien Konkurrenz wird von Bernhard für unmöglich gehalten. Die Arbeiter müssen bei der Demobilisierung der Rohstoffe, solange sie nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, den Unternehmungen je nach ihrer Wichtigkeit für das Ganze des Wirtschaftskörpers planmäßig zugeführt werden. Der Frachtraum muß für die wichtigsten Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Die Rederei darf deshalb die Wiedereinrichtung ihrer Linienschiffahrt nicht als das Wichtigste ansehen, jedes Schiff muß dorthin fahren, wo es im Augenblicke am dringendsten gebraucht wird. Die Ausnutzung des Frachtraums hat nach inländischen Bedürfnissen, nicht nach ausländischen Aufträgen zu erfolgen. Die Umstellung der Gütererzeugung muß nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen geleitet werden. Unternehmungen, die nur im Kriege ihre Berechtigung hatten, später aber wegen ihrer frachtlichen Lage oder der Unvollkommenheit ihrer Einrichtungen unrentabel werden, dürfen nicht künstlich gehalten werden. Bei dieser Umstellung wird die Ernährung des Wirtschaftslebens voransehen müssen; die Fabriken, die Kohlen und Eisen, Träger, Schienen, Lokomotiven, Wagen, Schiffe usw. erzeugen, sind in der Rohstoffversorgung zu bevorzugen. Die Träume unserer Feinde, uns dauernd von den Rohstoffmärkten der Welt abzuschließen, werden zwar beim Erwachen aus dem Kriegsrusch zerfließen, aber die Gefahr eines festeren Zusammenschlusses des englischen Imperiums, die Wiederaufnahme Cromwellscher markantillistischer Ideen und damit das Versagen aller aus englischen Kolonien stammenden Rohstoffe bleibt bestehen. Ein großer Teil der in der Kriegsnot gefundenen, als wertvoll erwiesenen Ersatzmittel muß durch die Einfuhrpolitik geschützt werden.

Recht eingehende Einzelausführungen sind der Gestaltung der Einfuhrgesellschaften gewidmet. Sie sollen durchweg privatrechtlich und privatwirtschaftlich aufgezogen werden. Wo Einkauf mit Auktionen und Börsen in Betracht kommt, ist die zentralisierte Zusammenfassung erwünscht, wo jedoch die notwendige Warenmenge nur durch eine Vielheit der Käufer gesichert werden kann, ist Dezentralisation und weitgehende Freiheit des Einkaufs vorzuziehen. Schlußschemenzwang, Anmeldepflicht und Vorkaufsrecht des Reiches kann hier das allgemeine Interesse schützen.

Die Stützung unserer Valuta fordert eine Devisenkontrolle ähnlich, wie sie während des Krieges durch die Reichsbank bereits ausgeübt wird. Darüber hinaus soll jeder Geschäftsmann gehalten sein, an jedem Ultimo eine Aufstellung aller seiner Forderungen ans Ausland der Reichsbank einzureichen. Für Kapitalanlagen im Ausland, für den Besitz ausländischer Wertpapiere wird eine Anmeldepflicht eingeführt werden müssen. Aber auch der Kapitalbedarf der inländischen Unternehmungen muß rationiert werden. Das geschieht in einer am wenigsten lästigen und zugleich rechtzeitig wirksamen Art dadurch, daß

die Banken vertraulich der Reichsbank regelmäßig Auskunft über Höhe und Frist der von ihnen gewährten Kredite geben.

Das sind in groben Umrissen die Grundsätze, die Bernhard für die Uebergangswirtschaft aufstellt. Grundsätze ruhen letzten Endes auf Glaubenssätzen. So auch hier. Der Verfasser glaubt nicht an eine kurze Dauer der Uebergangswirtschaft; schon um dessentwillen nicht, weil sie nicht die Aufgabe hat, die gegenwärtige Kriegswirtschaft zu der Verfassung zurückzuführen, die am 2. August 1914 verlassen worden ist. Sie ist vielmehr die Ueberleitung zu dauernd neuen Wirtschaftsformen, für die Entwicklungsansätze schon in den letzten Friedensjahrzehnten deutlich sichtbar waren. Der Krieg hat die notwendige Entwicklung nur beschleunigt. Die Kartellierungen der Unternehmer, die Vertrustungen in wichtigen Industriezweigen, die Organisationen der Arbeiter zeigen, daß dies Streben der Wirtschaftsgestaltung fortführt vom freien Spiel der Kräfte, von der Anarchie der Produktion zu einer gebundenen Wirtschaft. Der Organisationsgedanke wird leitend für alle Zukunftsgebilde des Wirtschaftskörpers sein. Die Organisation ist die Trägerin einer neuen und höheren Wirtschaftsethik. Darum wird der Staat auch zu einer Zwangsorganisation schreiten. Ein Staatssozialismus muß nicht aus dieser Entwicklung hervorgehen, namentlich dann nicht, wenn die Unternehmung, anstatt sich dem neuen Gestaltungswillen entgegenzustellen, mit an seiner Durchsetzung arbeitet. Das Ziel ist die staatlich kontrollierte Wirtschaft, innerhalb deren das Erwerbsinteresse der Unternehmer, Wagemut und Tatkraft noch durchaus sich entfalten können. Die Volkswirtschaft als Ganzes ist dann gleichsam eine „gemischt-wirtschaftliche Unternehmung“. Diese Wirtschaft wird zugleich — Bernhard zeigt das an vielen Einzelheiten — die produktive Kraft aufs höchste Maß steigern und sie ist somit schon um dessentwillen notwendig, weil nur sie die ungeheuren Wertverluste durch den Krieg ersetzen kann. Das Bernhardsche Buch ist eine Umgeißelung der an den großen Neugestaltungen arbeitenden, heimlichen Kraft in die Formen des Gedankens; gleichzeitig aber auch ein Teil von seiner Kraft selbst.

A. D.